

Keinen Freipass für Gratis.

Die Unia fordert: Frankenspekulation stoppen, Eurolöhne verbieten, Überstunden vollumfänglich bezahlen.

Die Unia-Delegierten der Mem-Branche stimmten am 16. September 2011 in Bern einer Resolution zu und übergaben dem Bundesrat eine Petition.

Mit nur wenigen Gegenstimmen verabschiedeten die 150 Delegierten der nationalen Mem-Branchenkonferenz die Resolution „Unsere Arbeit ist nicht gratis“. Dies nach einer längeren und kontrovers geführten Diskussion. Sie drehte sich vor allem um den Krisenartikel 57 des Mem-GAV, der es Betrieben ermöglicht, von arbeitsvertraglichen Bestimmungen abzuweichen. Für die Delegierten ist es nicht akzeptabel, dass einzelne Betriebe und Verbandsvertreter von Swissmem Artikel 57 als Freipass für Gratisarbeit missbrauchen.

Profitmacherei.

Seit Beginn der Frankenstärke würden mit Artikel 57 Arbeitszeiterhöhungen, Lohnkürzungen und die Auszahlung von Löhnen in Eüro durchgesetzt. Die Delegierten wehren sich gegen diese Profitmacherei auf Kosten der Belegschaften. Sie sind überzeugt: Mit verlängerten Arbeitszeiten lassen sich die Auswirkungen der Frankenstärke nicht bekämpfen. Arbeitszeitverlängerungen sollen nur als absolute Ausnahme für Betriebe in einer speziellen Notsituation möglich sein. Und sie sind zwingend mit der Gewerkschaft zu vereinbaren. Im Gegenzug müssen die Aktionäre auf Dividenden und die Banken auf einen Teil der Kreditzinsen verzichten. Arbeitszeiterhöhungen nach Artikel 57 sind nicht gratis zu haben: Sie sollen vollumfänglich vergütet werden.

Im Anschluss an die Branchenkonferenz übergab eine 40köpfige Unia-Delegation eine Petition an den Bundesrat. Im Rahmen einer Aktion wurde ein Frankenballon zum Platzen gebracht. In der Petition appellieren die Industrieangestellten an den Bundesrat, sofort wirksame Massnahmen gegen die dramatische Entwicklung in der Schweizer Exportindustrie zu treffen damit die Euro-Spekulationskrise nicht weiter auf dem Buckel der Arbeitnehmenden ausgetragen wird.

Nicht mehr zu halten.

Vor dem Bundeshaus Ost sprach sich Unia-Co-Präsident Renzo Ambrosetti klar gegen Lohnkürzungen, Eurolöhne und die Anbindung der Löhne an den Wechselkurs aus: „Wir bestehen auf dem Prinzip Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz. Werde an diesem Prinzip gerüttelt, so Ambrosetti, seien die flankierenden Massnahmen - und damit auch die bilateralen Verträge - nicht mehr zu halten. Die Petition wurde innert weniger Wochen von über 2000 Betriebskommissionsmitgliedern und weiteren Angestellten der Mem-Industrie unterschrieben.

Judith Stofer.

Work. Freitag, 2011-09-23.

Unia Schweiz > Lohnkürzungen. 2011-09-23.doc.